

Programm für dich.

Kommunalwahlprogramm 2009 der FDP Saar



Leitlinien liberaler Kommunalpolitik im Saarland.....	4
Mehr lokale Demokratie und Bürgerbeteiligung - die Bürgergesellschaft stärken	5
Kumulieren und Panaschieren einführen	5
Hare-Niemeyer für alle Räte und Ausschüsse	6
Wahlrecht ab 16 und Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer.....	6
Direkte Demokratie stärken – gerade vor Ort.....	7
Jugend- und Senioreninteressen stärken.....	7
Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft stärken.....	8
Solide Finanzen, starke Wirtschaft	9
Subsidiaritätsprinzip und Konnexitätsprinzip stärken	9
Mehr Geld von Bund und Land - Sparen vor Ort.....	10
Gewerbesteuer abschaffen – lokale Gewerbetreibende stärken.....	11
Mehr Bürokratieabbau, mehr Wettbewerb.....	11
Mehr Netto - auch vor Ort: Keine Erhöhung kommunaler Steuern und Abgaben	12
Zentrale und dienstleistungsorientierte Ansprechpartner für den Mittelstand	13
Kommunale Daseinsvorsorge effizient und nachhaltig organisieren	13
PPP-Projekte und Privatisierungen fördern: Mehr soziale Marktwirtschaft statt bürokratischer Staatwirtschaft.....	14
Schlanke Verwaltung, mehr Bürgernähe.....	16
Weniger Kirchturmdenken, mehr Interkommunale Zusammenarbeit	16
Hesse-Gutachten umsetzen: 3 Landkreise für das Saarland	17
Weniger Verwaltung, mehr Dienstleistungsmentalität in den Rathäusern.....	17
Verwaltung modernisieren: E-Government stärken und ausbauen	17
Kommunalverwaltung 2.0.....	18
Bürgerhaushalte einführen.....	19
Lebens- und liebenswerte Kommunen	20
Mehr Chancen durch Bildung, mehr Freiheit durch mehr Betreuung	20
Frühkindliche Bildung in Kindergärten und Grundschulen stärken.....	21
Vereine unterstützen – Jugendarbeit und Ehrenamt aufwerten.....	22
Kultur und Kunst schaffen Identität und Identifikation	23
Unsere Orte fit für den demographischen Wandel machen	23
Gesundheit: Versorgung in der Fläche sichern	23
Starke Polizei vor Ort: Mehr Personal statt weniger Bürgerrechte	24
Saubere Orte: der Dreck muss weg!	25
Politik für Menschen mit Behinderung	25
Mobilität nachhaltig sichern - Umweltschutz bringt Lebensqualität.....	25
Energie sparen, erneuerbare Energien ausbauen - auch vor Ort.....	26
Kommunale Betriebe und erneuerbare Energien.....	26
ÖPNV stärken in Ballungszentren und im ländlichen Raum	27
Individualverkehr und ÖPNV besser vernetzen	27

Intelligenter Verkehr28
Flächenverbrauch beschränken - Ortskerne verdichten29

Leitlinien liberaler Kommunalpolitik im Saarland

Bürgertum und Kommune sind eng miteinander verbunden. Vor Ort entwickelt sich die bürgerliche Gesellschaft, die wir fördern wollen. Der einzelne Bürger steht bei uns an erster Stelle, nicht der Staat. Wir wollen mehr Freiraum für die einzelnen Bürger und keinen bevormundenden Staat, der alle Lebensbereiche reglementiert. Die Kommune ist der ideale Ort für bürgerschaftliches Engagement: liberale Kommunalpolitik will mehr Bürgerbeteiligung. Wir wollen eine Stärkung der lokalen Demokratie und der Bürgergesellschaft, da der Bürger für uns kein lästiger Bedenkenträger ist, sondern im Mittelpunkt unserer Politik steht.

Wir wollen eine starke und handlungsfähige kommunale Ebene, deren Selbstverwaltung nicht durch Bund und Land eingeschränkt wird. Unsere Kommunalpolitik steht für effizientes Wirtschaften und einen sparsamen Umgang mit Ihren Steuergeldern. Wir sorgen für solide Finanzen und niedrige Steuern und Abgaben. Dies ist das Fundament für eine handlungsfähige Kommunalpolitik, die gestalten kann, ohne die Bürger und den Mittelstand weiter zu belasten.

Wir Liberale wollen mehr Management und weniger Verwaltung. Wir wollen mehr Dienstleistungsmentalität in den Rathäusern und weniger Kirchturmdenken. Gerade in Zeiten knapper Kassen und auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist mehr Kooperation der Kommunen dringend notwendig. Privat geht vor Staat - gerade auch kommunal. Wir brauchen dringend neue Freiräume, um liebens- und lebenswerte Kommunen zu schaffen, mit denen sich die Bürger identifizieren können. Wir wollen optimale Bildungschancen in jeder Kommune und eine stärkere Förderung von Familien und Kindern. Alle lokalen Entscheidungen müssen auch mit Hinblick auf den demographischen Wandel gefällt werden. Unsere kommunalpolitischen Entscheidungen müssen finanziell und ökologisch nachhaltig sein. Nur eine intakte Umwelt sichert das hohe Maß an Lebensqualität, das wir für unsere saarländischen Kommunen wollen.

Am 7. Juni 2009 FDP wählen – Wir machen Politik für Dich!

Mehr lokale Demokratie und Bürgerbeteiligung - die Bürgergesellschaft stärken

Die FDP Saar ist für eine aktive Bürgergesellschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger sich einander verbunden fühlen, füreinander eintreten und zusammen die städtische Gemeinschaft aktiv gestalten. Wir Liberale wollen eine Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern, die das schultern, was sie schultern können. Der Schwächere soll die Hilfe und Solidarität des Stärkeren erfahren, die er benötigt, zugleich aber auch das einbringen, was er zu leisten vermag. Jede Form von Egoismus, von Leistungsverweigerung, von staatlicher Überregulierung lehnen wir ab.

Das Saarland ist traditionell ein Land, das von einem hohen Bürgerengagement geprägt ist. Leider ist aber zu beobachten, dass immer weniger Menschen zu ehrenamtlichen Engagement bereit sind und sich auch von der Kommunalpolitik abwenden. Auch im Saarland ist bei den Kommunalwahlen eine sinkende Wahlbeteiligung festzustellen. Die Liberalen wollen eine lebendige Demokratie vor Ort und das Engagement möglichst vieler Bürger für das Gemeinwesen.

Kumulieren und Panaschieren einführen

Das Saarland ist auch beim Thema Kumulieren und Panaschieren Schlusslicht. Was in Rheinland-Pfalz oder Hessen gemacht wird, muss endlich auch im Saarland umgesetzt werden. Die Bürger sollen in Zukunft mehrere Stimmen auf verschiedene Parteien verteilen können (Panaschieren) und auch bestimmte Kandidaten mit mehreren Stimmen wählen können (Kumulieren). Einer einzelnen Liste ein Kreuz zu geben, ist natürlich weiterhin möglich.

Kumulieren und Panaschieren ist ein Angebot für die Wähler. Nur wenn die Bürger möglichst viele Mitbestimmungsmöglichkeiten bekommen, ist die Politikverdrossenheit noch zu stoppen. Auch bei Kommunalwahlen sinkt das Interesse der Bevölkerung.

Eine solche Änderung des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes führt unweigerlich dazu, dass die einzelnen Kandidaten sich stärker mit den Wählern befassen müssen, um gewählt zu werden. Der Wähler hat die Möglichkeit, quer durch die Parteien unabhängig von Listenplätzen für einzelne Kandidaten zu stimmen, die er für besonders geeignet hält. Ein solches modernes Wahlrecht bietet somit mehr Informationen über die einzelnen Kandidaten und ihre Ziele, sowie eine bessere Information und mehr Mitbestimmungsrechte

der Bürger, die größeren Einfluss auf die Besetzung der Räte haben. Immer weniger Menschen sind in Parteien organisiert und entscheiden mit der Reihenfolge der Kandidaten auf den Listen darüber, wer in die Räte einzieht. Da die Chancen auch für ‚Quereinsteiger‘ wachsen, die nicht die ‚Ochsentour durch die Partei‘ machen müssen, um einen aussichtsreichen Listenplatz zu erhalten, wird ein Parteiengagement attraktiver. Es bedeutet auch ein höheres Maß an Unabhängigkeit der Kommunalpolitiker von ihren Parteien, weil diese nicht mehr durch die Aufstellung der Kandidatenlisten alleine darüber entscheiden, wer in den Gemeinde- bzw. Stadtrat oder Kreistag bzw. in die Regionalversammlung gewählt wird.

Hare-Niemeyer für alle Räte und Ausschüsse

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern und auch zur Bundestags- und Europawahl zählt bei der Kommunalwahl nicht das Hare-Niemeyer-Auszählverfahren, sondern d’Hondt. Die Freien Demokraten lehnen d’Hondt als Auszählverfahren ab, da es große Parteien unverhältnismäßig bevorzugt. Das Hare-Niemeyer-Verfahren verhält sich neutral in Bezug auf die Größe der Parteien, da der Stimmanteil (Prozentsatz der eigenen Stimmen von der Gesamtstimmenzahl) gleich dem Sitzanteil (Prozentsatz der eigenen Sitze von der Gesamtsitzzahl) ist. Damit gewährleistet es die Einhaltung des Grundsatzes der gleichen Wahl.

Die FDP fordert zudem, alle Räte und Ausschüsse von kommunalen Gremien sowie Aufsichtsräte von kommunalen Eigen- oder Beteiligungsgesellschaften nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren zu besetzen.

Wahlrecht ab 16 und Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer

Die Politikverdrossenheit insbesondere bei jungen Menschen wollen die Freien Demokraten effektiv bekämpfen. Man kann mit 16 Jahren Mitglied einer Partei werden, aber noch nicht wählen. Wir wollen jungen Erwachsenen die Möglichkeit geben, an Entscheidungen in ihrem unmittelbaren Umfeld vor Ort teilzuhaben. Das Minderjährigenwahlrecht ist ein wichtiger Ansatz für eine lebendigere Demokratie – so kann man auch den radikalen Parteien entgegentreten.

EU - Ausländer haben bei Kommunalwahlen ein Wahlrecht. Um die Integration und die

politische Teilhabe von Nicht-EU-Ausländern zu verbessern, sprechen sich die Freien Demokraten für ein Wahlrecht von Nicht-EU-Ausländern bei den saarländischen Kommunalwahlen aus. So soll z. B. das kommunale Wahlrecht nicht mehr von der Staatsangehörigkeit, sondern von der Gemeindezugehörigkeit abhängen: Nach fünf Jahren rechtmäßigem Aufenthalt in Deutschland sollen Ausländer das aktive und passive Wahlrecht in der Gemeinde erhalten.

Direkte Demokratie stärken – gerade vor Ort

Unsere repräsentative Demokratie soll um direkte Beteiligungsrechte für Bürgerinnen und Bürger ergänzt werden, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, Verantwortung für eine aktive Bürgergesellschaft zu übernehmen und an ihrer Ausgestaltung mitzuwirken.

Die FDP Saar fordert auf Landesebene eine deutliche Reduzierung der Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide, auch was das so genannte Finanztabu angeht. Hier befürworten wir eine Lösung, bei der nur solche Volksbegehren und Volksentscheide ausgeschlossen sind, die erhebliche finanzielle Auswirkungen auf den Landeshaushalt haben. Auch auf kommunaler Ebene sollen die Hürden im Kommunalselbstverwaltungsgesetz für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in den kommunalen Satzungen gesenkt werden. Nur von den Räten initiierte Einwohnerbefragungen über einzelne Sachfragen sind zu wenig. „Von unten“ herbeigeführte Bürgerentscheide sind im Saarland aufgrund der hohen Einleitungs- und Zustimmungsquoten und dem großen Katalog der Themenausschlüsse bisher die Ausnahme - dies wollen die Freien Demokraten ändern.

Jugend- und Senioreninteressen stärken

Die FDP fordert, dass Jugendräte flächendeckend zur Selbstverständlichkeit werden. Um Jugendlichen die Teilhabe an unserem gesellschaftlichen Zusammenleben nahe zu bringen, müssen wir sie auch an den politischen Willensbildungsprozess heranzuführen. Einzelne saarländische Kommunen haben bereits ein Jugendparlament eingeführt. Jugendräte sollen ein Rede-, Antrags- und Informationsrecht in den Gemeinde- und Stadträten haben. Dort wo die Einrichtung eines Jugendrates nicht möglich scheint, sollte zumindest ein Jugendbeauftragter gewählt werden, der die Interessen der jungen Generation in die Räte einbringt.

Moderne Seniorenpolitik bedeutet für die Liberalen ein hohes Maß an selbstbestimmter Lebensführung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben statt staatlicher Fürsorge. Unsere Gesellschaft muss Senioren mehr Möglichkeiten geben, sich aktiv im gesellschaftlichen Leben einzubringen. Seniorenräte sind ein Instrument, um die Belange von Senioren bei den kommunalpolitischen Entscheidungen stärker zu berücksichtigen. Dort wo die Einrichtung eines Seniorenrates nicht möglich scheint, sollte zumindest ein Seniorenbeauftragter gewählt werden, der die Interessen dieser Generation in die Räte einbringt.

Nachhaltige Kommunalpolitik muss nicht nur den Interessen der jungen Generation gerecht werden, sondern bei allen Entscheidungen auch den steigenden Anteil älterer Mitbürger berücksichtigen, insbesondere in Fragen der Infrastruktur.

Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft stärken

Eine kluge Kommunalpolitik sorgt für eine enge Vernetzung von politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsträgern vor Ort. Bei der Frage, wie viel kommunale Infrastruktur in Zukunft bezahlbar ist, muss es zu einem engen Dialog mit den betroffenen Vereinen kommen. Eine stärkere Orientierung an den Nutzern kommunaler Infrastruktur ist gerecht, finanzpolitisch notwendig und hat eine stärkere Lenkungswirkung. Die Kommunalpolitik sollte daher die Bildung von Vereinsgemeinschaften fördern, um einen direkten Ansprechpartner zu haben. Bei der Bewertung der kommunalen Infrastruktur insbesondere im Bereich der Hallen muss auch eine engere Kooperation mit den Kirchengemeinden angestrebt werden, die oft eigene Hallen haben. Der Dialog mit den Vereinen, mit anderen Anbietern wie den Kirchengemeinden, sowie mit Nachbarkommunen ist notwendig, um nachhaltige Entscheidungen zu treffen.

Solide Finanzen, starke Wirtschaft

Die kommunale Selbstverwaltung der Gemeinden ist gefährdet und wird durch die Sparmaßnahmen von Bund und Land auf Kosten der Kommunen ad absurdum geführt. Dringend erforderliche Reparaturarbeiten an Schulen, Kindergärten, Sportstätten, Krankenhäusern und Straßen können von vielen Kommunen nicht mehr geschultert werden. Finanzielle Freiräume für eine aktive und bürgerfreundliche Gestaltung der Kommunalpolitik im Rahmen der Daseinsvorsorge bestehen in Anbetracht leerer Kassen nicht mehr. Die Saar-Liberalen fordern daher Bund und Land auf, saarländische Kommunen endlich zu entlasten, statt immer Kompromisse zu Lasten der Kommunen- zu schließen.

Die Gemeindegebietsreform von 1974 hat für ein mittlerweile nur schwer finanzierbares Maß an kommunaler Infrastruktur gesorgt. Gerade auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels muss kritisch hinterfragt werden, was hiervon noch aufrecht erhalten werden soll. Kirchturmdenken erteilen die Liberalen eine Absage! Es muss in Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Kräften und auch durch mehr Kooperation zwischen Kommunen hier zu Veränderungen im Sinne einer nachhaltigen und bezahlbaren Kommunalpolitik kommen.

Die Freien Demokraten stehen für einen schlanken, aber dadurch handlungsfähigen und starken Staat. Nur wenn die Kommunen gleichzeitig entlastet werden und sich auf ihre Kernaufgaben begrenzen, können neue Spielräume geschaffen werden. Wir Liberale wollen die Bürger und den Mittelstand auch vor Ort nicht weiter durch steigende Steuern, Gebühren und Abgaben belasten, sondern hier endlich für Entlastung sorgen!

Subsidiaritätsprinzip und Konnexitätsprinzip stärken

Subsidiarität heißt, dass eine gesellschaftliche oder staatliche Aufgabe soweit wie möglich von der jeweils unteren (kleinsten) Einheit wahrgenommen wird. Dies bedeutet für die FDP Saar, dass die Kommunen ein höchstmögliches Maß an Entscheidungsbefugnissen wieder bekommen müssen. Erst wenn sie diese Aufgabe nicht hinreichend erfüllen können, soll sie die nächst höhere Einheit wahrnehmen. Kommunen sollen übrigens auch nur dort regelnd und helfend eingreifen, wo dies die Daseinsfürsorge für den Bürger unbedingt erfordert und kein privates und bürgerschaftliches Engagement möglich ist. Auch hier gilt für uns Liberale: Privat geht vor Staat!

Das Konnexitätsprinzip heißt im Grundsatz: „Wer bestellt, bezahlt.“ Staatliche Aufgaben-

und die Ausgabenverantwortung sollen durch das Konnexitätsprinzip miteinander verknüpft werden. Bisher fordern Bund und Land von den Kommunen Leistungen ein, ohne diese dabei finanziell zu unterstützen. Überträgt der Bund oder das Land den Gemeinden Aufgaben, verpflichtet er sie zur Erfüllung von Aufgaben oder stellt er besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben, sollen nach Meinung der FDP nun auch verpflichtend gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten erstellt werden!

Mehr Geld von Bund und Land - Sparen vor Ort

Die FDP fordert das Land auf, den kommunalen Finanzausgleich nicht mehr für Verbesserungsmaßnahmen des Landeshaushaltes zu nutzen. Den ständigen Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich zu Lasten der saarländischen Kommunen lehnen die Saar-Liberalen entschieden ab.

Die Bundesländer versagen bei der Vertretung kommunaler Interessen im Bundesrat. Kompromisse mit dem Bund zu Lasten der Kommunen dürfen nicht mehr die Regel bleiben, wenn man lebendige Städte und Gemeinden erhalten will. Auch der Bund muss aufhören, den Kommunen mehr Leistungen aufzubürden, ohne diese zu bezahlen, wie es zum Beispiel bei der Betreuung in Kindergärten der Fall ist.

Der kommunale Finanz- und Schuldenreport der Bertelsmann-Stiftung zeigt auf, dass das Saarland sich mit seinen Kommunen in einer verhängnisvollen "Spirale nach unten" befindet. Die Ausgaben der kommunalen Kernhaushalte für Investitionen sind hier so niedrig wie nirgendwo sonst. Das bedeutet, dass Jahr für Jahr der Unterschied zu anderen Bundesländern nicht kleiner, sondern größer wird. Der Vergleich mit den Investitionen der Kommunen im Osten Deutschlands zeigt, dass hier nicht hinnehmbare Disparitäten bestehen. Gerade auch kommunale Investitionen sollen nicht von der Himmelsrichtung, sondern von der Notwendigkeit abhängen.

Die saarländischen Kommunen stehen in der Pflicht, sparsam mit dem Geld der Steuerzahler umzugehen. Bisher werden vor allem nur kurzfristige Kosten bei Entscheidungen berücksichtigt. Die FDP Saar fordert die saarländischen Kommunen auf, bei allen Bauvorhaben auch die Folgekosten zu beachten und diese auszuweisen, damit es zu langfristigen und nachhaltigen Planungen kommt. Grundsätzlich müssen die Kommunen versuchen, konsumtive Ausgaben zurückzufahren, um endlich wieder mehr Freiraum für Investitionen zu schaffen. Nur so kann auch der Mittelstand wieder gestärkt werden!

Gewerbsteuer abschaffen – lokale Gewerbetreibende stärken

Die FDP will die mittelstandsfeindliche Gewerbsteuer abschaffen! Saarländische Unternehmen zahlen bis zu 40 Millionen p.a. mehr an Gewerbsteuer als in vergleichbaren Regionen. Die Gewerbsteuer belastet einheimische Betriebe und verteuert damit deren Waren und Produkte. Gerade in Zeiten der Globalisierung und im Hinblick auf die Exportabhängigkeit des Landes macht es keinen Sinn, Exporte zu verteuern, während Importe davon verschont bleiben! Das Saarland leidet unter bundesweit besonders hohen Gewerbesteuern, da das Land das Gewerbesteuersenkungsprogramm aufgegeben hat. Die FDP möchte die Gewerbsteuer auf Bundesebene so schnell wie möglich abschaffen und den Kommunen dafür einen Ausgleich verschaffen. Solange dies noch nicht der Fall ist, regen die Freien Demokraten an, die Gewerbsteuer durch ein neues Gewerbesteuersenkungsprogramm sofort zu senken, um den Mittelstand im Saarland zu entlasten. Den Überlegungen anderer Parteien, die Gewerbsteuer durch Einbeziehung von Zinsen, Pachten, Lizenzgebühren und Leasingraten in voller Höhe zu „revitalisieren“ und weitere Berufsgruppen einzubeziehen, erteilen die Freien Demokraten eine Absage! Die FDP ist gegen eine Substanzbesteuerung mittelständischer Unternehmen.

Wir wollen eine umfassende Gemeindefinanzreform. Die FDP schlägt ein Modell vor, das aus 2 Säulen besteht: Die erste Säule ist die Umsatzsteuer: Bisher bekommen die Gemeinden 2,2 Prozent von der Umsatzsteuer. Als Ersatz für die konjunkturanfällige Gewerbsteuer soll dieser Anteil auf rund 11,5 Prozent erhöht werden. Damit erhalten die Gemeinden eine gute und verlässliche Einnahmequelle. Die zweite Säule ist eine Kommunalsteuer. Bisher bekommen die Gemeinden 15% von der Lohn- und Einkommensteuer. Dieser Anteil soll ersetzt werden durch eine Kommunalsteuer, die wie die Kirchensteuer als Zuschlag zur Lohn- und Einkommenssteuer erhoben wird. Die Kommunen legen die Höhe dieser Steuer selber fest.

Ein Abbau von Bürokratie, eine dienstleistungsorientierte Verwaltung und eine Entlastung bei Steuern und Abgaben sollen den lokalen Gewerbetreibenden helfen. Die FDP Saar ist daher für eine Liberalisierung der Öffnungszeiten in Abstimmung mit den Händlern, da dies neue Impulse setzen soll. Insbesondere der verkaufsoffene Sonntag oder das so genannte „Nacht-Shopping“ ist für Gewerbetreibenden und Konsumenten gleichermaßen attraktiv.

Mehr Bürokratieabbau, mehr Wettbewerb

Die Saar-Liberalen wollen alle Gesetze, Verordnungen und Regeln auf ihre Notwendigkeit

und Verhältnismäßigkeit prüfen. Ein Verfallsdatum für Gesetze („Sunset - Legislation“) wird von den Freien Demokraten auf allen Ebenen gefordert und kann auch vor Ort helfen, unnötige Bürokratie abzubauen. Die FDP fordert, dass neue Gesetze und Verordnungen nur befristet mit einem Verfallsdatum gelten dürfen und deshalb mit einem Verfalldatum versehen werden sollen. Dieses Prinzip soll auch für kommunale Satzungen gelten.

Insbesondere das Baurecht sorgt für ein nicht mehr akzeptables Maß an Bürokratie für Bürgerinnen und Bürger, sowie für Gewerbetreibende. Die Freien Demokraten sprechen sich für eine Vereinfachung und Entbürokratisierung des Baurechts aus und wollen mehr beschleunigte Verfahren ermöglichen.

Der Vergleich mit Dritten zeigt oftmals auf, wo es ein besonders hohes Maß an Bürokratie gibt. Weder die kommunalen Mandatsträger, noch die Bürger verfügen über aktuelle Informationen, die einen Leistungsvergleich zwischen Kommunen ermöglichen. Die Saar-Liberalen fordern daher, landesweit durch Benchmarking die Vergleichbarkeit aller kommunalen Kosten (Personal- u. Verwaltungskosten) sowie von Leistungen (Gebühren und Abgaben) herzustellen.

Mehr Netto - auch vor Ort: Keine Erhöhung kommunaler Steuern und Abgaben

Neben der Gewerbesteuer ist auch die Grundsteuer eine kommunale Steuer. Die Grundsteuer betrifft nicht nur die Grundeigentümer, sondern auch die Mieterinnen und Mieter, da die Grundsteuer auf sie über die Mietkosten umgelegt wird. Die Freien Demokraten lehnen eine Erhöhung der Grundsteuern daher ab.

Auch eine Erhöhung der kommunalen Hundesteuern lehnen die Saar Liberalen ab. Es ist nicht zu rechtfertigen, wieso für das Haustier Hund Steuern gezahlt werden sollen, für andere Haustiere ist aber nicht der Fall. Höhere Hundesteuern führen zudem nicht unmittelbar zu einer Verbesserung des Straßenbildes, da die zusätzlichen Einnahmen im allgemeinen Haushalt verschwinden.

Kommunale Gebühren sind Geldleistungen für eine konkrete Gegenleistung. Im Bereich von Personaldienstleistungen in den Rathäusern ist die Saar FDP für eine moderate Gebührenpolitik. Die Saar FDP ist für niedrige Verwaltungsgebühren für Amtshandlungen.

Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen müssen differenziert betrachtet werden. Notwendig kann im Einzelfall eine Erhöhung von Gebühren sein, wenn dadurch öffentliche Einrichtungen wie Hallen erhalten werden können. Eine stärkere Orientierung an den

Nutzern ist gerecht und in vielen Fällen notwendig, um kommunale Infrastruktur zu erhalten
- dies kann nicht nur von der Allgemeinheit bezahlt werden.

Zentrale und dienstleistungsorientierte Ansprechpartner für den Mittelstand

Die meisten saarländischen Kommunen behandeln die Wirtschaftsförderung stiefmütterlich. Bei den Liberalen haben die Anliegen der lokalen Wirtschaft Priorität. Jede Kommune ist auf leistungsfähige Betriebe vor Ort angewiesen. Der Mittelstand muss wenn möglich eine zentrale Anlaufstelle in jeder Behörde haben („One stop shop“), um bessere Dienstleistungen in den Rathäusern zu ermöglichen.

Die FDP will überall wo möglich eine „one-stop-agency“, als erste Anlaufstelle für unternehmerische Anfragen und Probleme, einrichten. Wir brauchen einen zentralen Ansprechpartner für alle unternehmerischen Anliegen, der die notwendigen Kontakte in die Wege leiten und sich um entsprechende Lösungen kümmern soll. Die FDP will mehr Dienstleistungs- und weniger Verwaltungsmentalität!

Die Wirtschaftsförderung soll in Zukunft noch enger mit Investoren zusammenarbeiten und auf die Bedürfnisse der Unternehmen noch effektiver eingehen. Marketing und Öffentlichkeitsarbeit müssen auch Aufgabe jeder Kommune sein. Die Aufgaben von Citymarketing, Stadtmarketing und Amt für Öffentlichkeitsarbeit müssen unter einem Dach gebündelt werden. Auch hier sollte es interkommunale Kooperationen geben.

Kommunale Daseinsvorsorge effizient und nachhaltig organisieren

Der EVS ist ein Beispiel für Misswirtschaft staatsnaher Betriebe. Schwarze und rote Einflussnahme haben die betriebswirtschaftliche Effizienz des Betriebes nicht gerade gesteigert. Der ewig drehenden Gebührenschaube des EVS muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Es kann nicht sein, dass der Bürger immer finanziell noch eins drauf legen muss. Statt ständig den Menschen in die Tasche zu greifen, sollten sich EVS, Gemeinden und Politik an einen Tisch setzen, um ein zukunftsfähiges, bezahlbares Konzept für die Müll- und Abwasserentsorgung zu entwickeln. Überörtlich muss der EVS nachweisen, dass er kein ineffektives Behördenmonster ist. Nur wenn der EVS den Aufgaben einer modernen, wirtschafts- und verbraucherfreundlichen Entsorgungspolitik gewachsen ist, hat er weiterhin eine Daseinsberechtigung. Zumindest eine Neuorganisation

und Beschränkung auf seine Kernaufgaben, unter Umständen auch eine teilweise Privatisierung erscheint unausweichlich. Die Umstellung des Müllabfuhrsystems auf ein Ident- oder Wiegesystem wird wenige Probleme lösen, aber viele neue schaffen. Ohne weitere Veränderungen wird es keine weitere Entspannung der Gebührenlage geben. Die FDP will die Müll- und Abwasserentsorgung im Saarland reformieren. Die Beschränkung des EVS auf Kernaufgaben wie beispielsweise Betrieb und Unterhaltung von Abwasseranlagen und der Müllverbrennungsanlage Velsen steht hierbei im Mittelpunkt. Um Kosten zu senken, ist eine Auflösung der Verträge mit der Müllverbrennungsanlage Neunkirchen sofort anzugehen, da das Verbrennen einer Tonne Müll mehr als doppelt so viel wie in Velsen kostet. Mehr private Anbieter auf dem Markt sind für Liberale ebenfalls notwendig. Private Anbieter dürfen nicht behindert werden, da wir mehr Wettbewerb zum Wohle der Bürger wollen. Eine Aufhebung des Anschluss- und Benutzungszwangs und eine Förderung des Wettbewerbs ist daher unser Ziel. Kommunen müssen die Möglichkeit haben, aus dem EVS auszutreten. Die Einrichtung von Wertstoffhöfen unterstützen wir.

Bei der Versorgung mit Wasser und Energie durch kommunale Gesellschaften stehen für die Liberalen Versorgungssicherheit, niedrige Preise und Nachhaltigkeit im Vordergrund. Hierbei gibt es keine ideologischen Lösungen, die jeder Situation vor Ort gerecht werden. Mehr betriebswirtschaftliche Vernunft und weniger politische Einflussnahme sind jedoch Leitlinie liberaler Politik im Sinne effizienten Wirtschaftens und niedriger Belastungen für die Bürger.

PPP-Projekte und Privatisierungen fördern: Mehr soziale Marktwirtschaft statt bürokratischer Staatswirtschaft

Auf kommunaler Ebene gibt es noch vielfältige Privatisierungspotenziale. Deshalb müssen die Kommunen prüfen, ob kommunale Betriebe, wie beispielsweise die der Ver- und Entsorgung oder auch kommunale Bauhöfe, nicht ebenso wirtschaftlich durch Private betrieben werden könnten. (Auch das Thema Kooperation zwischen den Kommunen muss endlich stärker gefördert werden.)

Der Baubedarf von Land, Städten und Gemeinden, vor allem im Bereich der Sanierung alter Gebäude (z. B. zur Einsparung von Energie) und der öffentlichen Infrastruktur, ist groß. Oft fehlen aber die Mittel, überfällige Maßnahmen zu realisieren. Ein sinnvoller Weg kann in solchen Fällen eine Projekt-Realisierung über eine „Öffentlich-Private-Partnerschaft“ sein. Im Saarland wird dieser Weg allerdings bislang kaum genutzt, obwohl er zum Vorteil aller Beteiligten erfolgreich beschritten werden kann.

Schlanke Verwaltung, mehr Bürgernähe

Die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen haben einen Anspruch auf eine moderne, effiziente und kundenorientierte Kommunalverwaltung. Weniger Verwaltung, mehr Management: die Kommunen tragen Verantwortung dafür, dass Verwaltungsaufgaben und öffentliche Dienstleistungen kostengünstig und bürgerfreundlich wahrgenommen und erbracht werden. Wir Liberale wollen eine Kommunalpolitik, die über den Tellerrand der nächsten Ortsgrenzen hinaus schaut. Wir wollen eine bürgernahe Verwaltung, welche die Möglichkeiten des Internets nutzt.

Weniger Kirchturmdenken, mehr interkommunale Zusammenarbeit

Der demographische Wandel und die schlechte Finanzlage der Kommunen erfordern neue Formen der Kooperation in der Kommunalpolitik. Durch die Gemeindegebietsreform aus dem Jahre 1974 gibt es in großen Teilen eine Überversorgung kommunaler Infrastruktur, die nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Bei verstärkter Zusammenarbeit und Kooperation können enorme Einsparungen erzielt werden, was letztendlich auch bei den Bürgerinnen und Bürgern zu Kosteneinsparungen führt. Auch bei Anschaffungen kann es durch gemeinsame Ausschreibungen Einsparungen geben. Deshalb müssen die Möglichkeiten für die freiwillige Kooperation von Kommunen verstärkt gefördert werden. Grundsatz eines neuen Förderansatzes muss daher sein: Das Land muss interkommunale Investitionen und Projekte stärker fördern und belohnen. So könnten zum Beispiel Teile der kommunalen Verkehrsgesellschaft zusammengelegt werden, um Kosten zu sparen. Bei den zahlreichen Busbetrieben der saarländischen Städte könnten beispielsweise Verwaltungs- und Aufsichtsratsaufgaben zusammengelegt werden. Dies würde nicht nur helfen, Kosten zu sparen, sondern auch dazu dienen, die Verkehrspolitik über den Tellerrand besser zu integrieren und zu vernetzen.

Schwimmbäder sind ein wichtiger Teil kommunaler Infrastruktur, der Sport und Gesundheit besonders förderlich ist. Diese gilt es zu erhalten. Das Saarland- insbesondere der Regionalverband- hat eine im Bundesschnitt besonders hohe Dichte an Bädern. Nicht jede Kommune wird sich dauerhaft ein eigenes Bad leisten können, das in der Regel hohe Verluste erwirtschaftet. Eine Zusammenlegung und stärkere Kooperation helfen, Bäder in gutem Zustand zu erhalten. Die FDP will daher einen Zweckverband Schwimmbäder auf Ebene der Kreise im Saarland, um ein breites Angebot an Bädern zu erhalten, die auch auf hohem Niveau Badespaß bieten, statt in jeder Kommune ein Bad zu haben, in dem der Mangel verwaltet wird.

Hesse-Gutachten umsetzen: 3 Landkreise für das Saarland

Die FDP schlägt langfristig eine Kreisgebietsreform vor. Danach soll es neben dem Regionalverband Saarbrücken statt fünf künftig nur noch zwei Kreise geben. Der neue Kreis Saar-West soll aus den bisherigen Kreisen Merzig-Wadern und Saarlouis gebildet werden, der Kreis Saar-Ost aus den Kreisen Neunkirchen, Saarpfalz-Kreis und St. Wendel. Die Reduzierung der Zahl der Kreise führt nicht nur zu Kosteneinsparungen von rund 19 Mio. Euro p.a. , wie Prof. Hesse in seinem Gutachten für die Landesregierung errechnet hat, sondern ermöglicht vor allem bessere Verwaltungsdienstleistungen für die Bürger. Denn wenn durch eine Zusammenlegung der Kreise aus drei kleineren Behörden eine größere wird, dann werden Fachkompetenzen gebündelt.

Weniger Verwaltung, mehr Dienstleistungsmentalität in den Rathäusern

Die Liberalen sehen in den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Rathäusern eine Ressource, die gestärkt werden muss. Eigenständiges Arbeiten soll die Mitarbeiter motivieren, auch um ihre Kompetenz für Verbesserungsvorschläge einzubringen. Ein neues kommunales Finanzmanagement mit Zielvorgaben und mehr Budgetverantwortung sorgt für klarere Kompetenzen.

Dienst am Bürger heißt für uns mehr Dienstleistungsmentalität - dies muss ganz oben in den Rathäusern anfangen. Wir wollen auch mehr Sprechstunden für die Bürgerinnen und Bürger. Verwaltungen müssen zu Servicecentern für die Bürger werden.

Außerdem müssen die Behörden dem Bürger (und insbesondere berufstätigen Eltern) durch flexiblere Öffnungszeiten weiter entgegenkommen und dafür sorgen, dass die Bürger so viele Verwaltungsangelegenheiten wie möglich auf elektronischem Wege erledigen können. Der elektronische Weg ist immer noch der kürzeste.

Verwaltung modernisieren: E-Government stärken und ausbauen

Unsere Verwaltungen nutzen viel zu wenig die modernen Informationstechnologien (IT), um die notwendigen Verwaltungsaufgaben besser und effizienter erledigen zu können. Mit dem verstärkten Einsatz von IT in der Verwaltung wird dem Bürger und der Wirtschaft rund um die Uhr die Möglichkeit eröffnet, mit der Verwaltung zu kommunizieren, und ein hohes

Einsparpotenzial an Verwaltungskosten kann sowohl intern als auch extern erzielt werden.

Die Verwaltungen müssen funktional unter Einsatz modernster Informations- und Kommunikationstechnologien im Sinne einer stärkeren Bürgerorientierung organisiert werden. Dabei darf die stärkere Nutzung der modernen Kommunikations- und Informationsstrukturen aber nicht zu einer emotionalen Entfremdung des Bürgers von der Gemeinde führen. Vielmehr muss die Identifizierung erhalten bleiben. Dies bedeutet: Die Chancen, die aus den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien erwachsen, sind konsequent zu nutzen. So sollten beispielsweise Verwaltungsdienstleistungen wie Kfz-Zulassungen oder die Beantragung eines Personalausweises von zu Hause aus am Bildschirm erledigt werden können. Die IT-Strategien von Verwaltung und Wirtschaft sollen stärker aufeinander abgestimmt werden. Bisher beschränkt sich der Dialog zu sehr auf Verwaltung und IT Unternehmen, eingebunden werden müssen aber auch diejenigen, die mit E-Government ihr Produkt oder Dienstleistungsportfolio verbessern können. Es gilt, E-Business- und E-Government-Strategien miteinander zu verknüpfen. Ziel soll die Zusendung von Rechnungen mit Einverständnis des Bürgers auf elektronischem Wege (E-Rechnung) und die Möglichkeit, seine Verbindlichkeiten (z.B. die Grundsteuer, Wasser- und Stromrechnungen, Müllgebühren, etc.) auch elektronisch (E-Payment) zu begleichen (sofern dafür keine Einzugsermächtigung erteilt werden soll). Auch die Einrichtung eines Online-Portals beispielsweise für die Beantragung von Wohngeld und Baustellengenehmigungen sollte geprüft werden. Gerade zur Einrichtung dieser neuen Infrastruktur bietet sich eine Kooperation zwischen den Kommunen an.

E-Government macht Verwaltung effizienter und spart vielen Bürgern lästige Behördengänge. Die FDP schlägt vor, hier erzielte Einsparungen zu nutzen, um dort, wo nötig, Barrieren in den Rathäusern abzubauen, damit auch Menschen mit Behinderung einen guten Zugang zu den Rathäusern finden.

Kommunalverwaltung 2.0

Kommunen sollen eine Webseite nicht nur als Schaufenster sehen, sondern das Internet als eine Chance zur echten Interaktion mit der Bevölkerung und ihren Partnern unterschiedlicher Sektoren nutzen. Kommunalverwaltung besteht vor allem aus internen Verwaltungsabläufen, die es zu optimieren und zu elektronifizieren gilt. Bei kommunalen Veranstaltungen macht beispielsweise eine Beschleunigung von Anmeldeverfahren, die

Speicherung von Anfragen auf Wartelisten, sowie die Einbindung von Feedbackmöglichkeiten und Petitionen Sinn. Auch die Gründung kommunaler Netzwerke, beispielsweise im Bereich Kinderbetreuung, kann eine innovative Bereicherung kommunaler Dienstleistungen für die Bürger vor Ort sein.

Bürgerhaushalte einführen

Die sich verschärfende Krise der öffentlichen Haushalte macht ein Modell des Bürgerhaushalts, bei dem ein Teil des öffentlichen Haushalts unter direkter Beteiligung der Bürger aufgestellt wird, interessanter. Ein Bürgerhaushalt umfasst hierbei bestimmte Ziele: Die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und die Entwicklung einer neuen Partnerschaft zwischen Bürgern, lokaler/regionaler Politik und ihrer Verwaltung mit der Absicht, gemeinsam an der Lösung von Problemen im öffentlichen Raum zu arbeiten. Bürger sollen ihre Vorstellungen zur Ausrichtung der Haushaltspolitik gemeinsam erarbeiten und gegenüber Politikern und der Verwaltung zum Ausdruck bringen, wie dies bereits in vielen deutschen Großstädten der Fall ist. Bürgerbefragungen können ebenso Bestandteil eines Bürgerhaushalts sein wie Stadtteil-Versammlungen oder Internet-Foren. Die Beteiligung der Bürger, sowie die Rechenschaftslegung der kommunalen Entscheidungsgremien sind für das Gelingen eines Bürgerhaushalts entscheidend. Neben einem Konsens zwischen Bürgern, Vereinen/Verbänden, Politikern und Verwaltung über die Bereitschaft zu einem solchen Prozess, muss es eine umfassende Information über Haushaltspolitik erfolgen durch "lesbaren Haushalt" geben.

Lebens- und lebenswerte Kommunen

Nur durch den nötigen finanziellen Spielraum haben Kommunen die Möglichkeit, aktiv Kommunalpolitik zu gestalten. Nur wenn wir auch in den Kommunen auf einen schlanken Staat setzen, der sich auf seine Kernaufgaben besinnt, haben wir den nötigen politischen Gestaltungsspielraum. Die Liberalen wollen lebendige saarländische Städte, Gemeinde und Kreise mit hoher Lebensqualität. Das heißt auch, dass wir gerade im ländlichen Raum ein notwendiges Maß an Infrastruktur vor allem im Bereich Gesundheit erhalten wollen. Die Kommunen als Träger von Kindergärten und Schulen müssen die notwendigen Rahmenbedingungen für mehr Chancengerechtigkeit setzen. Frühkindliche Bildung hat für uns Saar-Liberale höchste Priorität. Wir wollen eine bessere Ausstattung der Schulen und mehr Ganztagsbetreuung, um auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Sport und Kultur liefern einen wichtigen Beitrag zu mehr Lebensqualität und schaffen auch Identität und Identifikation mit dem eigenen Ort. Private Initiativen und Engagements sind für die Liberalen unverzichtbarer Bestandteil der liberalen Bürgergesellschaft. Daher wollen wir das Ehrenamt besonders fördern. Die Steigerung der Lebensqualität vor Ort ist das Ziel liberaler Kommunalpolitik!

Mehr Chancen durch Bildung, mehr Freiheit durch mehr Betreuung

Die Landesförderung zum Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung in Kindertagesstätten ist nicht ausreichend und hilft den Kommunen nicht, die Folgekosten der Betreuung zu schultern. Die Saar FDP fordert daher vom Land beim Thema Ganztagsbetreuung größere Anstrengungen, damit jedes Kind die Möglichkeit hat, eine Ganztageseinrichtung zu besuchen. Damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt wird, müssen die Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen weiter flexibilisiert werden. Vor allem muss die Einrichtung von Betriebskindergärten stärker gefördert werden, die auch im Verbund von mehreren Unternehmen geschaffen werden sollten. Eine gute Kinderbetreuung ist ein wichtiger Standortfaktor für die Gewinnung von qualifizierten Mitarbeitern. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird für jede Stadt und Gemeinde ein Aushängeschild werden.

Frühkindliche Bildung in Kindergärten und Grundschulen stärken

Bildung fängt bereits im Kindergarten an. Daher will die FDP Saar, dass Bildungsangebote schon vermehrt im Kindergarten erfolgen. So kann Kindern schon sehr früh spielerisch Wissen vermittelt werden. Kinder mit mangelnder Sprachkompetenz müssen bereits im Kindergarten stärker gefördert werden. Um den Kindern in den Kindertagesstätten den bestmöglichen Start in ihre Ausbildung geben zu können, setzt sich die FDP Saar auch für eine stärker qualifizierte Ausbildung für die Kindererzieher/innen ein. Nur durch ein bestmöglich ausgebildetes Betreuungspersonal kann eine optimale Förderung unserer Kinder erreicht werden. Es gilt insbesondere auch die Grundschulen (gilt es) besser auszubauen. Hier wird ebenfalls ein Grundstein für die Entwicklung, Bildung und Förderung unserer Kinder und damit für unsere Zukunft gelegt. Die Saar-Liberalen setzen sich für eine verbesserte Ausstattung der Grundschulen, insbesondere im technischen Bereich, ein. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung muss hierzu genutzt werden.

Die Grundschulen müssen den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden. Hierzu gehört auch die energetische Sanierung des Gebäudebestands. Chancengleichheit ist für uns Liberale ein zentraler Wert: Kinder, gleich welchen sozialen Hintergrundes, müssen die bestmöglichen Ausbildungsvoraussetzungen haben. Alle Kinder müssen die gleiche Chance und die gleichen Startmöglichkeiten für ihre berufliche Zukunft erhalten! Die FDP Saar will flächendeckend mehr echte Ganztagschulen einrichten. Staatliche Schulen brauchen dabei mehr Autonomie, d.h. vor allem mehr Selbstständigkeit in finanziellen und organisatorischen Bereichen und mehr inhaltliche Profilbildung. Die Schulbuchausleihe – wie sie bereits in anderen Bundesländern erfolgreich durchgeführt wird – ist eine realistische und kurzfristig umsetzbare Möglichkeit, die Kosten der Lernmittel für die Eltern im Saarland zu senken. Konkret bedeutet eine solche Ausleihe, dass Schulen allen Schülern Schulbücher für das entsprechende Schuljahr zur Verfügung zu stellen. Dabei verleiht die Schule diese selbst erworbenen Bücher mehrere Jahre an die Schüler der jeweiligen Klassenstufe. Für die Ausleihe wird eine Gebühr erhoben, wobei die Freistellung von dieser Gebühr aus sozialen Gründen analog zur jetzigen Schulbucherstattung gewährleistet wird. Sollte dennoch ein Buch beschädigt werden oder verloren gehen, so ist dieser Schaden von den Eltern anteilmäßig zu ersetzen. Sportförderung ausbauen

Die Chancen und Möglichkeiten des Sports für präventive Politik werden in einer Gesellschaft, in der die Gewaltbereitschaft steigt, zunehmend wichtiger. Oft haben Aggressivität und Gewaltbereitschaft ihre Ursachen gerade darin, dass vielen Jugendlichen

Möglichkeiten zum Austoben, zu Risiko und Abenteuer, zum Erproben der eigenen Fähigkeiten und zur Selbstbewährung fehlen. Hier kann der Sport kompensatorische Angebote bereitstellen. Die FDP fordert, dass unter Einbeziehung aller Sportanbieter vermehrt Anstrengungen unternommen werden, um Sportangebote insbesondere für sozial benachteiligte Gruppen anzubieten, die Sportförderung verstärkt für Initiativen zur Gewaltbekämpfung genutzt wird.

Die FDP Saar setzt sich für die Modernisierung der Sportstätten im Saarland ein, die zum großen Teil sanierungsbedürftig sind. Bei der Planung von Sport- und Freizeiteinrichtungen ist eine Zusammenarbeit über Orts- und Gemeindegrenzen hinweg jedoch anzustreben. Die Förderung des Sports durch Totogelder darf nicht gefährdet werden.

Im Sport können wesentliche Voraussetzungen für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft erworben werden. Hierzu gehören vor allem die freiwillige Einordnung in eine Gemeinschaft, die Einhaltung von Regeln und die kontrollierte Konfliktlösung. Die direkte Begegnung im Sport kann dazu beitragen, Barrieren abzubauen, Menschlichkeit und Solidarität zu stärken. In einem Land, in dem Menschen mit unterschiedlichster nationaler und kultureller Identität leben, fördert der Sport die Integration unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Vereine unterstützen – Jugendarbeit und Ehrenamt aufwerten

Die liberale Bürgergesellschaft lebt vom Ehrenamt. Ohne dieses Engagement von tausenden Mitbürgern in Sport- und Kulturvereinen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Bürgerinitiativen, in den Sozialdiensten und nicht zuletzt in der Kinder- und Jugendarbeit wäre unsere Gesellschaft vor Ort gar nicht lebensfähig. Insbesondere die zahlreichen in der Jugendarbeit ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger verdienen unsere Anerkennung und Unterstützung.

Auch im Saarland gibt es allerdings einen bedenklichen Rückgang des ehrenamtlichen Engagements. Die FDP unterstützt daher die Gründung von kommunalen Ehrenamtsbörsen. Eine Vermittlungsstelle, die die Bereitschaft des Engagements von Bürgerinnen und Bürgern ehrenamtlichen Organisationen anbietet, hilft sowohl den Vereinen und Verbänden als auch engagierten Bürgern. Jede Qualifikation wird virtuell und real dem Bedürfnis der interessierten Organisation bekannt gemacht.

Kultur und Kunst schaffen Identität und Identifikation

Kultur prägt die Individualität jedes Ortes. Auch in Zeiten knapper Kassen darf Kultur nicht in Frage gestellt werden. Kultur sollte soweit wie möglich bürgerschaftlich organisiert sein. Wir begrüßen daher die zahlreichen Vereine und Initiativen vor Ort, die sich durch ihr Engagement zu einem attraktiven kulturellen Leben beitragen. Die FDP fordert auf Bundesebene ein neues attraktiveres Stiftungsrecht, um private Förderung von Kultur zu verbessern. Liberale Kommunalpolitiker werden Kulturtreibende immer unterstützen, da diese elementarer Bestandteil einer liberalen Bürgergesellschaft sind. Insbesondere die musisch-kulturelle Bildung von Jugendlichen ist für Liberale wünschenswert und förderungswürdig. Daher setzen wir uns für eine Förderung von Musikschulen über Gemeindegrenzen hinweg ein.

Unsere Orte fit für den demographischen Wandel machen

Senioren werden in unseren Städten und Gemeinden eine immer wichtigere Rolle spielen. Wir wollen ihre Interessen und Bedürfnisse stärker berücksichtigen und auch Chancen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verstärken. Die FDP Saar will für Senioren die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen, insbesondere in der Gesundheitsversorgung, sowie den Zugang zur Teilhabe am öffentlichen Leben. Wir wollen weitere Infrastrukturen und Anlaufstellen zur Erleichterung des ehrenamtlichen Engagements Älterer aufbauen. In dem Zusammenhang ist auch zur Erhaltung der Selbstständigkeit die Einrichtung von Informations- und Hilfebörsen wichtig, um z.B. gesellschaftliche Mitwirkungsmöglichkeiten, Weiterbildung, Internetkenntnisse, Freizeitaktivitäten und Gesundheitsvorsorge zu unterstützen. Selbsthilfegruppen wollen wir als Liberale vor Ort stärken. Wir wollen Initiativen im ländlichen Raum fördern, die es älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen ermöglicht, ihre Einkäufe durch abrufbare Transportmöglichkeiten selbst erledigen zu können. Wir wollen eine seniorengerechte Planung von Mobilitäts-, Wohn- und Freizeiteinrichtungen in unseren Kommunen.

Gesundheit: Versorgung in der Fläche sichern

Angesichts der Entscheidungen in der Gesundheitspolitik auf Bundesebene müssen viele Krankenhäuser, aber auch viele niedergelassene Ärzte um ihre Existenz kämpfen. Durch diese Entwicklung ist die bislang wohnortnahe und hochqualifizierte medizinische Versorgung der Bevölkerung in vielen Gebieten konkret gefährdet.

Zur Wiederherstellung seiner Gesundheit ist dem eigenverantwortlichen Patienten eine wohnort- und zeitnahe Versorgung zu gewährleisten. Der Hausarzt und die Landapotheke müssen gestärkt werden statt bürokratisch gegängelt. Die jetzige planwirtschaftliche Gesundheitspolitik mit ihrer überwuchernden Bürokratisierung, ihrer Wegrationalisierung und Globalisierung nach rein scheinwirtschaftlichen Kriterien vergisst, dass der Mensch ein Recht auf Gesundheit hat. Wir wollen für freie Bürger und Patienten eine ambulante, menschliche, wohnortnahe, dem Zeitalter angemessene Gesundheitsgrundversorgung in freien Praxen. Die FDP will, dass der Mensch stets im Vordergrund steht; sowohl der Mensch als Patient oder Pflegebedürftiger, als auch der Mensch als Leistungsanbieter in diesem Gesundheitssystem. Die FDP will nicht weiter zulassen, dass der Mensch, der Patient entmündigt wird oder durch ausufernde und überzogene bürokratische Zwänge als Leistungserbringer seiner Aufgabe nicht gerecht werden kann.

Die FDP Saar fordert, dass auch in Zukunft die Entfernung zur nächsten Krankenstätte, Praxis oder Apotheke angemessen bleibt. Die Leistungsanbieter dürfen nicht ständig durch unüberlegte Gesetze um ihre Existenz fürchten müssen und müssen mit einer gerechten Honorierung rechnen können, müssen von fachfremden bürokratischen Richtlinien befreit werden und ihren Beruf frei ausüben können. Es fällt nicht in ihren Aufgabenbereich, Gebühren und Steuergelder für den Staat oder die Versicherungsträger einzutreiben. Auch die Schweigepflicht muss strikt verteidigt werden. Sie gehört uneingeschränkt zu den demokratischen Grundrechten der Bürger dieser Republik. Die FDP spricht sich vehement gegen eine zentrale Datenspeicherung mit einer Zugangsmöglichkeit von über zwei Millionen Berechtigten aus (elektronische Versicherungskarte).

Starke Polizei vor Ort: Mehr Personal statt weniger Bürgerrechte

Sicherheit ist ein elementares Bedürfnis der Bevölkerung und auch ein Stück Freiheit. Die Freiheit der Bürger sowie der Schutz von Eigentum, Leib und Leben sind elementare Staatsaufgaben. Öffentliche Sicherheit ist ein hohes Gut und auch ein Stück Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden. Die Polizei vor Ort ist unerlässlich für unsere Sicherheit. Die FDP steht für eine starke Präsenz der Polizei gerade auch im ländlichen Raum. Wir wollen weniger bürokratische Belastungen für die Polizei und mehr Präsenz auf den Straßen. Wir wollen nicht ständig schärfere Gesetze, sondern mehr Personal und eine bessere Ausstattung der Polizei, um für mehr Sicherheit zu sorgen. Die Entlastung der Polizei durch private Ordnungskräfte vor Ort kann hier auch ein sinnvoller Schritt sein.

Saubere Orte: der Dreck muss weg!

Sauberkeit ist auch eine Visitenkarte jeder Kommune. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die städtischen „Hilfspolizisten“ nicht nur zur Überwachung von Falschparkern, sondern aufgrund eines zu erlassenden Bußgeldkatalogs auch für die Verfolgung anderer Ordnungswidrigkeiten - wie dies bereits in anderen bundesdeutschen Städten praktiziert wird - eingesetzt werden, z.B. gegen Müllsünder, gegen rüpelhafte und rücksichtslose Fahrradfahrer, gegen Sprayer, bei Verletzung der Anleinpflcht bei Hunden, gegen aggressive Bettler, insbesondere mit Begleitung von Hunden. Zudem könnte von diesem Ordnungsdienst auch eine rechtzeitige Entleerung sonst ständig überquellender Müllcontainer veranlasst werden. Eine bessere Versorgung durch mehr Container ist an vielen Plätzen dringend notwendig. Die flächendeckende Überwachung der Containerplätze durch Videokameras lehnen wir Liberale dagegen strikt ab, da dies dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit widerspricht und dieses Mittel der Bekämpfung von Schwer- und schwerstkrimineller an Gefahrenschwerpunkten vorbehalten bleiben muss. Auch datenschutzrechtliche Gründe sprechen gegen eine solche Überwachungspraxis.

Politik für Menschen mit Behinderung - Barrierefreie Kommune

Im Saarland gibt es über 80.000 Bürger und Bürgerinnen mit Behinderung, die eine kommunale Politik einfordern, welche ihre menschlichen und sozialen Bedürfnisse über die Belange des am Kostengünstigsten und technisch Machbaren stellt. Wir fordern daher: Die oberste Priorität bei der Bereitstellung der finanziellen Mittel und bei der konsequenten Einhaltung aller Möglichkeiten zur Förderung der Barrierefreiheit seitens der Stadtplanung und der gesamten Stadtverwaltung. Dies betrifft alle Verkehrsbereiche und Angebote der Stadt und ihrer Organe, der öffentlichen Gebäude und des ÖPNV, aber auch der Verwaltung selbst bis hin zum barrierefreien Internetauftritt. Nur so wird schnelles Handeln, direktes Umsetzen und somit eine schnellstmögliche Verbesserung von nicht barrierefreien Umständen und zielgerichtete Informationen an die Betroffenen garantiert. Stadtmarketing ist nur effizient, wenn es aus Bürgern und Bürgerinnen mit Behinderung eine willkommene Zielgruppe macht und keine unbedeutende Randgruppe.

Mobilität nachhaltig sichern - Umweltschutz bringt Lebensqualität

Mobilität ist ein Stück Freiheit und daher für uns Liberale ein Bürgerrecht. In Zeiten zunehmenden Verkehrs und vor dem Hintergrund des Umweltschutzes wollen wir nachhaltig Mobilität sichern. Verkehrspolitik muss neben dem Mobilitätsbedürfnis auch die Themen Nachhaltigkeit und Verkehrssicherheit immer berücksichtigen. Liberale sind gegen eine ideologische Verkehrspolitik und eine Dämonisierung von PKWs. Als Liberale wollen wir, dass jeder Bürger frei wählen kann, welche Verkehrsmittel er nutzt. Wir sind für ein gleichberechtigtes Miteinander von motorisiertem Individualverkehr, öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV), Fahrradfahrern und Fußgängern. Die Liberalen sprechen sich für einen schonenden Umgang mit Ressourcen aus. Wir wollen in öffentlichen Gebäuden Energie sparen und den Flächenverbrauch durch neue Wohn- und Gewerbegebiete einschränken. Umweltschutz sorgt für mehr Lebensqualität.

Energie sparen, erneuerbare Energien ausbauen - auch vor Ort

Mit mehr als 1500 Sonnenstunden jährlich ist das Saarland für (auf) Photovoltaiktechnologie geeignet. Um dem Klimawandel entgegenzuwirken und mehr energiepolitische Unabhängigkeit zu haben, muss der Anteil erneuerbarer Energien wie von der EU beschlossen schnellstmöglich auf 20% gesteigert werden. Der Staat muss hier Vorreiter sein. Insbesondere kommunale Immobilien sollten für Photovoltaik-Anlagen genutzt werden. Auch der Ausbau der Kraft Wärme Kopplung muss kommunal forciert werden. Zudem müssen kommunale Gebäude energetisch saniert werden. Die Bewirtschaftung von Hallen, Schulen und Kindergärten wird auf diese Weise umweltfreundlicher und langfristig auch erheblich billiger. Dies hilft nicht nur dem Klimaschutz, es ist auch ein Förderungsprogramm für den Mittelstand und das lokale Gewerbe. Neben dem Konjunkturprogramm müssen weiterhin Bundes- und Landesprogramme in diesem Sinne genutzt und ausgebaut werden.

Kommunale Betriebe und erneuerbare Energien

Kommunale Eigenbetriebe, insbesondere im Bereich des ÖPNV, müssen verstärkt auf erneuerbare Energien setzen. Busse, die neu angeschafft werden, müssen in besonderem Maße umweltfreundlichen Maßstäben gerecht werden. Bei der Anschaffung neuer Fahrzeuge müssen Verbrauch und Schadstoff-Ausstoß im Mittelpunkt stehen. Auch in der

Energieversorgung können Kommunen umweltpolitische Akzente setzen. Eine flächendeckende Versorgung mit Energiesparlampen spart Energie, schont die Umwelt und den kommunalen Haushalt. Stadt- oder Gemeindewerke mit öffentlicher Beteiligung sollen den Anteil erneuerbarer Energien bei der Stromversorgung konsequent steigern.

ÖPNV stärken in Ballungszentren und im ländlichen Raum

Die Saar Liberalen sind für die Schaffung eines echten Verkehrsverbundes Saar. Um die Nutzung des ÖPNV zu erhöhen, muss die Kundenfreundlichkeit deutlich verbessert werden. Wir fordern deshalb ein überschaubares Tarifsystem, das es sowohl jungen als auch älteren Menschen ermöglicht, ohne Probleme schon beim Erwerb der Fahrkarte die öffentlichen Verkehrsmittel im gesamten Bereich des Verbundes zu nutzen. Die Bedürfnisse alter und behinderter Menschen müssen bei Modernisierung und Neubau der Haltepunkte besondere Berücksichtigung finden. Der ländliche Raum darf hierbei nicht abgehängt werden. Die Saarbahn muss zudem endlich wie geplant ausgebaut werden. Das Chaos bei Planung und Bau ist ein Beispiel für schwarz-rote Misswirtschaft politiknaher Betriebe in öffentlicher Hand.

Wir wollen ein gleichberechtigtes Nebeneinander von motorisiertem Individualverkehr, ÖPNV und Fahrrad. Die Fahrradwege in den Kommunen müssen daher ausgebaut werden. Radfahren ist umweltfreundlich, macht Spaß und ist auch der Gesundheit förderlich. Auf vielen Straßen ist Radfahren oft sehr gefährlich. Eine fahrradfreundlichere Umgestaltung des Straßenraumes für den Alltagsverkehr und ein gut ausgebautes Fahrradwegenetz auch machen das Rad fahren sicherer und sind für den Fahrradtourismus im Saarland auch förderlich.

Individualverkehr und ÖPNV besser vernetzen

Um den ÖPNV attraktiver zu machen, ist eine stärkere Vernetzung mit dem Individualverkehr notwendig. Die FDP will im Saarland Park-and-Ride sowie Bike-and-Ride-Angebote deutlich verbessern, da diese immer stärker benutzt werden. Insbesondere das Thema Mitfahrgelegenheiten bzw. Car-Sharing soll gefördert werden, um den Verkehr in den Innenstädten zu entlasten. Bei jeder Neugestaltung von Verkehrsknotenpunkten muss dies beachtet werden. Ausreichender Platz sowie eine ausreichende Beleuchtung sind für die Akzeptanz solcher Plätze dringend notwendig.

Gerade im ländlichen Raum wollen wir außerdem intelligente Verkehrsdienstleistungen insbesondere für junge sowie ältere und immobile Mitbürgerinnen und Mitbürger. Da der ÖPNV sich nicht auf allen Strecken lohnt, wollen wir mehr Anrufsammeltaxen, damit gerade kleine Orte im ländlichen Raum nicht abgehängt werden. Die Einrichtung von Nachtbussen soll weiter forciert werden, damit Jugendliche sicher den ÖPNV nutzen können.

Intelligenter Verkehr

Die intelligente Steuerung von Verkehr verhindert Staus und Unfälle und verringert die Umwelt- und Lärmbelastung. Den Lärm, der von den stark frequentierten Straßen ausgeht, muss mit wirksamen Mitteln (zurückdrängt werden) wie durch intelligente Verkehrsleitsysteme, aber auch durch Schallschutzwände, Flüsterasphalt und Geschwindigkeitskontrollen zurückgedrängt werden. Die FDP Saar sieht dabei überzogene Tempolimits kritisch. Tempo 30 brauchen wir gezielt in Wohngebieten, vor Schulen oder beim Bau von Umgehungsstraßen. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der europarechtlich notwendigen Lärmaktionspläne ein. Die Errichtung so genannter Umweltzonen zur Verminderung von Rußpartikeln sehen wir Saar-Liberale kritisch, da diese wenig effektiven Nutzen haben, aber viele Bürger vom Verkehr ausschließen und Mobilität wieder verteuert wird.

Die FDP Saar will zudem Verkehrskontrollen bei Unfallschwerpunkten verstärken, Gebührenabzocke aber abschaffen. Die Kommunen nutzen Verkehrskontrollen immer mehr als neue Einkommensquelle. Die FDP Saar ist für gezielte Kontrollen an Unfallschwerpunkten und an sensiblen Bereichen wie Schulen, spricht sich aber konsequent gegen den Trend von stark zunehmenden Geschwindigkeitskontrollen aus, die vor allem dem Auffüllen der lokalen Einnahmen gelten.

Flächenverbrauch beschränken - Ortskerne verdichten

Der Rückgang der Bevölkerung führt allorts zu großen Leerständen. Die Aufwertung bestehender Orts- und Stadtkerne hat für die Saar Liberalen Priorität. Die Ausweisung neuer Bauflächen „auf der grünen Wiese“ steht für uns grundsätzlich hinter der Arrondierung bestehender innerörtlicher Brachflächen, da wir durch die Verdichtung der Ortskerne diese revitalisieren möchten. Ausnahmen bilden hier nur Wachstumsregionen beispielsweise in direkter Nähe zu Luxemburg. Neue Bauflächen haben erhebliche Erschließungskosten und einen enormen Flächenverbrauch. Der Landesentwicklungsplan Siedlung und die Umsetzung vor Ort müssen dieser Entwicklung Rechnung tragen. Dies trägt auch zur Werterhaltung bestehender Immobilien bei.

Die FDP begrüßt neue Investitionen. Der Trend zu riesigen Einkaufszentren und Malls ist aber kritisch zu hinterfragen, insbesondere wenn dadurch der bestehende lokale Handel gefährdet wird. Insbesondere wenn Ortskerne und Innenstädte veröden, ist ein sehr restriktiver Umgang mit dem Ausweisen solcher neuer Gebiete notwendig, zumal hier auch immense Erschließungskosten entstehen. Die FDP will den Gewerbetreibenden vor Ort zum Beispiel durch die Ausweisung von Parkflächen bzw., wo nötig, kostenlosem Parken helfen.

Am 7. Juni 2009 FDP wählen - Politik für Dich!

SPD und CDU haben abgewirtschaftet! Nicht nur im Bund, auch vor Ort - ob bei Saarbahn oder EVS. Die FDP ist die bürgerliche Alternative zu rot-schwarzer Misswirtschaft.

Aufgrund der Abschaffung der 5% - Klausel kann keine Stimme verloren gehen. Die FDP als sachorientierte, bürgernahe und pragmatische Partei der Mitte muss gestärkt werden, da es bei mehr Parteien und Gruppierungen in den Räten eine starke Kraft der Mitte geben muss.

Die Kommunalpolitiker der FDP Saar stehen für einen sparsamen Umgang mit Ihren Steuergeldern und werden sich für eine Entlastung bei Steuern und Abgaben einsetzen. Wir wollen eine bürgerfreundliche Verwaltung und setzen uns für liebens- und lebenswerte Kommunen ein.

Die Freien Demokraten stehen für eine engagierte Kommunalpolitik - mit Herz und Verstand. Wir machen Politik für Dich!